Stand: 23.02.2026 03:48:35

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/15238

"Europäischer Ausschuss der Regionen - CALRE Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022 Teil VIII - Verkehrspolitik"

Vorgangsverlauf:

1. Europaangelegenheit (Drucksache) 18/15238 vom 13.04.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/16643 des BV vom 22.06.2021
3. Beschluss des Plenums 18/16721 vom 24.06.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 86 vom 24.06.2021

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 13.04.2021 Drucksache 18/15238

Europaangelegenheit

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Europäischer Ausschuss der Regionen - CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil VIII - Verkehrspolitik

Verfahren gemäß § 83d BayLTGeschO

1. Der Ausschuss hat in seiner 37. Sitzung am 13. April 2021 im Wege der Vorprüfung einstimmig beschlossen, dass eine Beteiligung des Landtags am Konsultationsverfahren des Europäischen Ausschusses der Regionen - CALRE erforderlich ist.
2. Der Ausschuss hat beschlossen, das Konsultationsverfahren Teil VIII - Verkehrspolitik zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr zu überweisen (§ 83d Abs. 1 BayLTGeschO).

Begründung:

Der Bayerische Landtag hat neben weiteren Regionalparlamenten in Europa im Jahr 2020 die Zusage für eine Beteiligung am gemeinsamen Pilotprojekt des Europäischen Ausschusses der Regionen (AdR) und der Konferenz der Europäischen Regionalen Gesetzgebenden Parlamente (CALRE) „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten“ erhalten. Das Projekt zielt darauf ab, in der prälegislativen Phase Einfluss auf das Jahresarbeitsprogramm der Europäischen Kommission zu nehmen und Regionalparlamente mit ihren Anliegen möglichst früh in die Gestaltung des jährlichen Arbeitsprogramms der Kommission einzubeziehen.

Der AdR befragt mit aktuell eröffneter Konsultation die CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission für 2022 mit Einreichungsfrist zum 1. Juni 2021. Regionalparlamente – so auch der Bayerische Landtag als Mitglied der CALRE – sind aufgerufen, zum Kommissionsarbeitsprogramm 2022 Debatten mit politischen Mandatsträgern in ihren Parlamenten zu europapolitischen Themen zu führen. Die vollständigen Unterlagen der CALRE-Konsultation sind in den Ausschussmaterialien abgelegt.

Die Fachausschüsse werden gebeten, baldmöglichst eine Stellungnahme zu den ihrem Zuständigkeitsbereich zugewiesenen Themenbereich(en) der Konsultation sowie ggf. weiteren Themen oder Aspekten aus ihrem Zuständigkeitsbereich mit Einfluss auf Relevanz für das Arbeitsprogramm 2022 der EU-Kommission zu erarbeiten.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Zusammenführung der Ergebnisse der federführenden Beratungen in den Fachausschüssen erfolgt im Rahmen der Endberatung des Europaausschusses und fließt als Beitrag des Bayerischen Landtags in das AdR - CALRE Pilotprojekt „Input aus politischen Debatten in Regionalparlamenten“ ein. Der Beitrag wird außerdem unmittelbar an die Europäische Kommission weitergeleitet.

Informationen zur Konsultation:

Zur Konsultation wurden sechs Rahmenpapiere zu den Themen vorgelegt, die der AdR als besonders relevant für die regionale und lokale Ebene einstuft und den regionalen Parlamenten zur Prüfung und Vorbereitung von Beiträgen zum Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022 vorschlägt:

1. Migration und Asyl
2. Verwirklichung des europäischen Grünen Deals
3. Hin zu einer europäischen Gesundheitsunion
4. Digitalisierung im Rahmen des Wiederaufbaus nach der COVID-19-Krise
5. Beschäftigung und Sozialpolitik
6. Verkehrspolitik

Zu jedem dieser Themen werden eine allgemeine Einführung sowie ergänzende Informationen zu besonderen Unterthemen sowie konkrete Fragen gegeben, mit denen sich die CALRE-Mitglieder befassen können.

Darüber hinaus begrüßen die Organisationen CALRE und AdR auch Beiträge zu anderen Themen für das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission für 2022, die nicht in einem der beigefügten Rahmenpapiere behandelt werden. Den Rahmen für die Ausgestaltung der Arbeitsprogramme der Kommission 2020 bis 2024 bilden die Politischen Leitlinien der Kommissionspräsidentin von der Leyen 2020-2024.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 22.06.2021 **Drucksache** 18/**16643**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

Europaangelegenheit des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen
Drs. 18/**15238**

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;

Europäischer Ausschuss der Regionen - CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil VIII - Verkehrspolitik

I. Beschlussempfehlung:

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnahme ab:

Die Verkehrspolitik der Europäischen Union hat bereits in den vergangenen Jahren viele wichtige Weichen für eine umweltbewusste und kluge Mobilität gestellt. Die Strategie der Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität setzt diese Verkehrspolitik nun konsequent weiter fort und wird deshalb durch den Bayerischen Landtag ausdrücklich begrüßt. Der Bayerische Landtag befürwortet ihre Zielvorgabe, einen klimaneutralen, digitalisierten, wettbewerbsfähigen und effizienten Verkehrssektor zu erreichen. Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung und bekennt sich dabei ausdrücklich auch zu den neuen Klimazielen der Europäischen Kommission, die Treibhausgasemissionen 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren. Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors spielt bei der Erreichung der EU-Klimaziele eine wichtige Rolle. Das Bekenntnis der EU-Kommission zur Technologieneutralität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsträger wird entschieden befürwortet. Gleichzeitig muss jedoch eine nachhaltige und intelligente Mobilitätsstrategie ganzheitlich gedacht werden. Dies umfasst sowohl die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Land und Stadt als auch der Einbezug aller Bürgerinnen und Bürger. Denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss auch in der Zukunft für jeden zugänglich, komfortabel und bezahlbar bleiben.

Es ist geplant, der Entwicklung der derzeit freiwilligen Pläne für nachhaltige städtische Mobilität auf lokaler Ebene im Hinblick auf eine künftige EU-Finanzierung einen verbindlicheren Charakter zu geben, etwa durch eine Richtlinie zu Plänen für nachhaltige städtische Mobilität. Das hieße, dass die Städte, statt sich auf die Vernetzung und den Austausch sowie auf die Förderung des Wettbewerbs um die innovativsten Planungsverfahren zu konzentrieren, per Gesetz zur Entwicklung dieser Pläne verpflichtet wären. Nachgedacht wird auch über Anreize für Nutzer, sich für nachhaltige Verkehrsträger zu entscheiden, beispielsweise durch Regelungen für den Zugang von Fahrzeugen zum städtischen Raum (urban vehicle access regulation, UVAR), belastungsabhängige Abgaben, Entgelte für die Infrastrukturnutzung oder Niedrigemissionszonen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Ein leistungsfähiger und attraktiver Öffentlicher Personenverkehr spielt beim Klimaschutz eine zentrale Rolle. Zur überregionalen Verbindung gilt es verlässliche und flächenerschließende Angebote zu schaffen. Zur Steigerung der Attraktivität nachhaltiger Mobilitätsangebote im urbanen Bereich hat die multimodale Verknüpfung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds daher hohe Priorität. Mobility-as-a-Service-Dienste, wie Carsharing, Ride-pooling und Leihfahrräder, bilden zusammen mit dem ÖPNV ein umfassendes und individualisierbares Mobilitätsangebot. Die Anteile des Fuß- und Radverkehrs müssen erhöht werden. Multimodale Mobilitätsangebote müssen zuverlässig Reiseinformationen sowie einfache Zugangs- und Abrechnungssysteme bieten. Zudem müssen immer auch die Besonderheiten des ländlichen Raums berücksichtigt werden.

In den vergangenen Jahren hat der AdR im Rahmen der Taskforce für Subsidiarität das Konzept der „aktiven Subsidiarität“ entwickelt, das auf einem Verfahren beruht, ein gemeinsames Verständnis von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und eine stärkere Beteiligung aller Interessenträger und insbesondere nationaler, lokaler und regionaler Behörden zu erreichen, die bei der Umsetzung des Unionsrechts vor Ort häufig eine besondere Rolle spielen.

In der städtischen Mobilität muss auch in Zukunft das Subsidiaritätsprinzip gelten. Das Konzept der „aktiven Subsidiarität“ wird in diesem Zusammenhang allerdings kritisch gesehen. Regelungskompetenzen werden dadurch nicht an die Regionen rückübertragen. Stattdessen wird den Regionen lediglich ein Mitspracherecht eingeräumt. Gerade im Bereich der städtischen Mobilität sollte aber die Regelungskompetenz lokal verankert bleiben. Mögliche Pläne der EU-Kommission die urbane Verkehrsplanung im Rahmen der Überarbeitung des Pakets zur Mobilität in der Stadt regulieren zu wollen, werden deshalb nicht unterstützt. Die EU sollte sich hier auch künftig auf Anreize z.B. in Form von Förderungen beschränken.

Eine verstärkte Koordinierung sollte dort stattfinden, wo gemeinsame Standards, allen voran bei der Ladeinfrastruktur, einen niedrigschwelligen Anreiz für den Umstieg auf nachhaltige Verkehrsmittel bieten.

Berichterstatterin: **Inge Aures**
Mitberichterstatter: **Josef Schmid**

II. Bericht:

1. Die EU-Konsultation (§ 83d BayLTGeschO) wurde dem Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren endberaten.
2. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 38. Sitzung am 4. Mai 2021 beraten und e i n s t i m m i g beschlossen, die Federführung zu übernehmen (§ 83d Abs. 2 BayLTGeschO).
3. Der Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr hat das Konsultationsverfahren in seiner 40. Sitzung am 15. Juni 2021 federführend beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

   zu der in I. enthaltenen Beschlussempfehlung Zustimmung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat das Konsultationsverfahren in seiner 41. Sitzung am 22. Juni 2021 endberaten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Enthaltung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

empfohlen, der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zuzustimmen mit der Maßgabe, dass folgender Absatz angefügt wird: „Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.“.

Sebastian Körber
Vorsitzender

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.06.2021 **Drucksache** 18/**16721**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Konsultationsverfahren der Europäischen Union;
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil VIII – Verkehrspolitik

Drs. 18/**15238**, 18/**16643**

Der Bayerische Landtag gibt im Konsultationsverfahren folgende Stellungnehme ab:

Die Verkehrspolitik der Europäischen Union hat bereits in den vergangenen Jahren viele wichtige Weichen für eine umweltbewusste und kluge Mobilität gestellt. Die Strategie der Kommission für nachhaltige und intelligente Mobilität setzt diese Verkehrspolitik nun konsequent weiter fort und wird deshalb durch den Bayerischen Landtag ausdrücklich begrüßt. Der Bayerische Landtag befürwortet ihre Zielvorgabe, einen klimaneutralen, digitalisierten, wettbewerbsfähigen und effizienten Verkehrssektor zu erreichen. Bayern steht zu seiner Klimaverantwortung und bekennt sich dabei ausdrücklich auch zu den neuen Klimazielen der Europäischen Kommission, die Treibhausgasemissionen 2030 im Vergleich zu 1990 um mindestens 55 Prozent zu reduzieren. Die Dekarbonisierung des Verkehrssektors spielt bei der Erreichung der EU-Klimaziele eine wichtige Rolle. Das Bekenntnis der EU-Kommission zur Technologieneutralität und der Gleichbehandlung aller Verkehrsträger wird entschieden befürwortet. Gleichzeitig muss jedoch eine nachhaltige und intelligente Mobilitätsstrategie ganzheitlich gedacht werden. Dies umfasst sowohl die Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse von Land und Stadt als auch den Einbezug aller Bürgerinnen und Bürger. Denn Mobilität ist ein Grundbedürfnis und muss auch in der Zukunft für jeden zugänglich, komfortabel und bezahlbar bleiben.

Es ist geplant, der Entwicklung der derzeit freiwilligen Pläne für nachhaltige städtische Mobilität auf lokaler Ebene im Hinblick auf eine künftige EU-Finanzierung einen verbindlicheren Charakter zu geben, etwa durch eine Richtlinie zu Plänen für nachhaltige städtische Mobilität. Das hieße, dass die Städte, statt sich auf die Vernetzung und den Austausch sowie auf die Förderung des Wettbewerbs um die innovativsten Planungsverfahren zu konzentrieren, per Gesetz zur Entwicklung dieser Pläne verpflichtet wären. Nachgedacht wird auch über Anreize für Nutzer, sich für nachhaltige Verkehrsträger zu entscheiden, beispielsweise durch Regelungen für den Zugang von Fahrzeugen zum städtischen Raum (urban vehicle access regulation, UVAR), belastungsabhängige Abgaben, Entgelte für die Infrastrukturnutzung oder Niedrigemissionszonen.

Ein leistungsfähiger und attraktiver Öffentlicher Personenverkehr spielt beim Klimaschutz eine zentrale Rolle. Zur überregionalen Verbindung gilt es verlässliche und flächenerschließende Angebote zu schaffen. Zur Steigerung der Attraktivität nachhaltiger Mobilitätsangebote im urbanen Bereich hat die multimodale Verknüpfung der Verkehrsmittel des Umweltverbunds daher hohe Priorität. Mobility-as-a-Service-Dienste, wie

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Carsharing, Ride-pooling und Leihfahrräder, bilden zusammen mit dem ÖPNV ein umfassendes und individualisierbares Mobilitätsangebot. Die Anteile des Fuß- und Radverkehrs müssen erhöht werden. Multimodale Mobilitätsangebote müssen zuverlässig Reiseinformationen sowie einfache Zugangs- und Abrechnungssysteme bieten. Zudem müssen immer auch die Besonderheiten des ländlichen Raums berücksichtigt werden.

In den vergangenen Jahren hat der AdR im Rahmen der Taskforce für Subsidiarität das Konzept der „aktiven Subsidiarität“ entwickelt, das auf einem Verfahren beruht, ein gemeinsames Verständnis von Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und eine stärkere Beteiligung aller Interessenträger und insbesondere nationaler, lokaler und regionaler Behörden zu erreichen, die bei der Umsetzung des Unionsrechts vor Ort häufig eine besondere Rolle spielen.

In der städtischen Mobilität muss auch in Zukunft das Subsidiaritätsprinzip gelten. Das Konzept der „aktiven Subsidiarität“ wird in diesem Zusammenhang allerdings kritisch gesehen. Regelungskompetenzen werden dadurch nicht an die Regionen rückübertragen. Stattdessen wird den Regionen lediglich ein Mitspracherecht eingeräumt. Gerade im Bereich der städtischen Mobilität sollte aber die Regelungskompetenz lokal verankert bleiben. Mögliche Pläne der EU-Kommission, die urbane Verkehrsplanung im Rahmen der Überarbeitung des Pakets zur Mobilität in der Stadt regulieren zu wollen, werden deshalb nicht unterstützt. Die EU sollte sich hier auch künftig auf Anreize z. B. in Form von Förderungen beschränken.

Eine verstärkte Koordinierung sollte dort stattfinden, wo gemeinsame Standards, allen voran bei der Ladeinfrastruktur, einen niedrigschwelligen Anreiz für den Umstieg auf nachhaltige Verkehrsmittel bieten.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

Die Präsidentin

Ilse Aigner

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Europaangelegenheiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die SPD, die FREIEN WÄHLER, die CSU, die FDP und die AfD. Stimmenthaltungen? – Das ist der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil I – Migration und Asyl (innen- und sicherheitspolitische Dimension)
Drs. 18/15231, 18/16621 (G)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16621 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	A

2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil II – Migration und Asyl (verfassungsrechtliche Dimension)
Drs. 18/15232, 18/16622 (G)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16622 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	ENTH

3. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil III – Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökologische Aspekte)
Drs. 18/15233, 18/16644 (ENTH)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16644 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

4. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil IV – Verwirklichung des europäischen Grünen Deals (ökonomische Aspekte)
Drs. 18/15234, 18/16645 (G)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16645 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

5. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil V – Hin zu einer europäischen Gesundheitsunion
Drs. 18/15235, 18/16633 (E)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16633 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

6. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil VI – Digitalisierung im Rahmen des Wiederaufbaus nach der COVID-19-Krise
Drs. 18/15236, 18/16646 (G)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16646 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	Z

7. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil VII – Beschäftigung und Sozialpolitik
Drs. 18/15237, 18/16624 (G)

   Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

   Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16624 veröffentlichte Stellungnahme ab.

   Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	ENTH	A	Z

8. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Europäischer Ausschuss der Regionen – CALRE
Konsultation der CALRE-Mitglieder zur Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Europäischen Kommission 2022
Teil VIII – Verkehrspolitik
Drs. 18/15238, 18/16643 (G)

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16643 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird als Konsultationsbeitrag an den AdR und CALRE übermittelt. Der Beschluss wird auch an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	Z	Z

9. Konsultationsverfahren der Europäischen Union
Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
Landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel aus der EU – Überprüfung der Absatzförderungspolitik innerhalb und außerhalb der EU
31.03.2021 - 23.06.2021
Drs. 18/15372, 18/16420 (G) [X]

Votum des endberatenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Der Landtag gibt im Konsultationsverfahren die auf Drs. 18/16420 veröffentlichte Stellungnahme ab.

Der Beschluss des Bayerischen Landtags wird unmittelbar an die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, den Ausschuss der Regionen und den Deutschen Bundestag übermittelt.

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	Z	A	Z

Anträge

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Faires Geld für faire Arbeit:
Mindesthonorare und Mindestgagen für staatliche Aufträge
Drs. 18/10787, 18/16335 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	A

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken I – Vergütung im ambulanten Bereich an den stationären Bereich anpassen
Drs. 18/11756, 18/16353 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	A	ENTH	A

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken II –
Neuordnung des Ausbildungsberufs auf Bundesebene
Drs. 18/11757, 18/16354 (E) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tanja Schorer-Dremel, Barbara Becker u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken III –
Aus-, Fort- und Weiterbildung an der Versorgungsrealität orientieren – Attraktivität steigern – Aufstieg ermöglichen
Drs. 18/11758, 18/16355 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	ENTH

14. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken IV – Zugang zur MFA-Ausbildung durch mehr Angebote an Berufsschulen in Bayern erleichtern
Drs. 18/11759, 18/16344 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

15. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath,
Prof. Dr. Gerhard Waschler, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken V –
Berufsschulen fördern, Digitalisierung weiter ermöglichen
Drs. 18/11760, 18/16345 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Medizinische Fachangestellte wertschätzen, Fachkräftemangel entgegenwirken VI –
Betriebliches Gesundheitsmanagement für MFA ausbauen
Drs. 18/11761, 18/16356 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konfessionell gebundenen islamischen Religionsunterricht durch eine Stiftung „Islamischer Schulrat in Bayern“ ermöglichen
Drs. 18/12018, 18/16252 (A)

Über den Antrag wurde bereits abgestimmt.

18. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Klaus Adelt, Inge Aures u.a. SPD
Offensive für Bayerns Schulen:
Ausstattung mit Luftfilteranlagen sicherstellen!
Drs. 18/12518, 18/16346 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	ENTH

19. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Annette Karl u.a. SPD
Bericht zur BayernCloud Schule
Drs. 18/13480, 18/16411 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Solaroffensive stoppen II – Natur, Mensch und Umwelt schützen
Drs. 18/13622, 18/16336 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

21. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Perspektive für die Grundschülerinnen und -schüler – Flexible Grundschule zum Standard machen
Drs. 18/13926, 18/16347 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

22. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Überbrückungshilfe III in Bayern mit einem Risikobonus erweitern
Drs. 18/13963, 18/16337 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

23. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Wertschöpfung der bayerischen Autoindustrie bewahren: synthetische Kraftstoffe dem Wasserstoff und der E-Mobilität gleichstellen
Drs. 18/14003, 18/16338 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Susanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neubau Konzerthaus – Entscheidungen nicht weiter hinauszögern
Drs. 18/14134, 18/16319 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

25. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische kleinere und mittlere Unternehmen entlasten: Stundung und Verzicht auf Rückzahlungen der Corona-Hilfen
Drs. 18/14221, 18/16339 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

26. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Mehr individuelle Förderung – Leistungsstanderhebung als Grundlage für Förderung im Schuljahr 2020/2021 etablieren
Drs. 18/14337, 18/16348 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

27. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Tobias Reiß, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Einsatz des Wirkstoffes Ivermectin als Therapeutikum gegen COVID-19 prüfen und ermöglichen
Drs. 18/14387, 18/16357 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	A	Z

28. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u.a. und Fraktion (AfD)
Kosten im Gesundheitswesen reduzieren: Studie zu Potenzial in Kliniken
Drs. 18/14493, 18/16358 (A)

Antrag der SPD-Fraktion Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

29. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Florian Ritter, Inge Aures u.a. SPD
Digitalisierung der Schulen vorantreiben: IT-Bildungsagentur einrichten
Drs. 18/14502, 18/16349 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	A

30. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Anhörung über die ökonomischen, sozialen und umweltlichen Auswirkungen der Lieferkettengesetze
Drs. 18/14607, 18/16340 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

31. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Dr. Dominik Spitzer, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Denken wir europäisch –
Grenzregime in Virusvarianten-Gebieten anpassen
Drs. 18/14673, 18/16359 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

32. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Julika Sandt, Christoph Skutella u.a. und Fraktion (FDP)
Sichere Arbeitsbedingungen und bürokratiearme Einreise für Erntehelferinnen und Erntehelfer
Drs. 18/14786, 18/16360 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	A	Z

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Solidarität in Zeiten von Corona:
Globale Pandemiebekämpfung unterstützen
Drs. 18/14791, 18/16325 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

34. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Ruth Müller, Doris Rauscher u.a. SPD
Ausreichendes Angebot ambulanter und stationärer Einrichtungen zur Vornahme von Schwangerschaftsabbrüchen gewährleisten
Drs. 18/14899, 18/16361 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

35. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner u.a. SPD
Corona-Schutzgurgeln: AHA+C+L-Regel erweitern und Möglichkeiten in Schulen prüfen
Drs. 18/14901, 18/16362 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	ENTH	A	A	Z	Z

36. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Ralf Stadler, Christian Klingen u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Solaroffensive stoppen III – Entsorgungsproblematik von Photovoltaikanlagen frühzeitig begegnen
Drs. 18/14972, 18/16341 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

37. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Sekundärmigration unterbinden
Drs. 18/15061, 18/16321 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

38. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Inzidenz als Parameter für das Infektionsgeschehen ablösen – keine Betriebsschließungen auf Basis der Inzidenz
Drs. 18/15094, 18/16365 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	**ohne**	A

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Ablehnung“** zugrunde zu legen.

39. Antrag der Abgeordneten Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Keine Testangebotspflicht in bayerischen Betrieben!
Drs. 18/15124, 18/16363 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

40. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Personalausstattung in den Schulvorbereitenden Einrichtungen endlich an die Wirklichkeit anpassen
Drs. 18/15189, 18/16350 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

41. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier u.a. und Fraktion (AfD)
Scheinehen verhindern – Organisierte Kriminalität stoppen!
Drs. 18/15190, 18/16366 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

42. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christina Haubrich u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Behandlung und Nachsorge für Post-COVID-Erkrankte verbessern!
Drs. 18/15193, 18/16364 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	ENTH	Z	Z

43. Antrag der Abgeordneten Wolfgang Fackler, Josef Zellmeier, Alexander König u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Hans Friedl u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Senkung der Jahresentgelte für die Errichtung eines Mobilfunkmastes auf einer Freifläche des Freistaates Bayern und Anpassung an die Konditionen des Bundes
Drs. 18/15270, 18/16322 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z

44. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Tourismuswirtschaft leichtgemacht:
Signatur von Meldescheinen vereinfachen
Drs. 18/15299, 18/16342 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	A	Z

45. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Aufzeichnungspflichten der Arbeitszeit reduzieren
Drs. 18/15302, 18/16343 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	Z

46. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Weidehaltung und die Rückkehr der Wölfe –
wie können Herdenschutz und Artenschutz optimal gelingen?
Drs. 18/15392, 18/16373 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

47. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christian Hierneis u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzliche Pelzkennzeichnung einführen
Drs. 18/15393, 18/16374 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

48. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Kommunale Europabüros fördern und Kommunen bei der Einwerbung von EU-Fördermitteln unterstützen
Drs. 18/15397, 18/16324 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

49. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Migrantenorganisationen und -vereine müssen bei Corona-Hilfen berücksichtigt werden!
Drs. 18/15398, 18/16320 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

50. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Ausweisung eines großflächigen Schutzgebietes im Steigerwald
Drs. 18/15401, 18/16375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

51. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Förderprogramm für CO_2-Sensoren und mobile Luftfilteranlagen bis 31.12.2021 verlängern – Präsenzunterricht sicher gestalten
Drs. 18/15434, 18/16351 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	Z	Z	Z

52. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Anhörung zur Situation des Grundwassers in Bayern
Drs. 18/15450, 18/16380 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	ENTH	Z	Z

53. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Chancengerechte Bildung –
Brückenangebote umgehend komplett bis 2022 finanzieren
Drs. 18/15456, 18/16352 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

54. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Christian Klingen AfD
Brandschutztore als angewandter Tierschutz
Drs. 18/15477, 18/16413 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

55. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Martin Schöffel, Tanja Schorer-Dremel u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Benno Zierer u.a.
und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Schutzstatus des Wolfes überprüfen –
FFH-Richtlinie vollständig umsetzen
Drs. 18/15511, 18/16381 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	A	Z	A	A	Z